



ver.di Betriebsgruppe
Deutsche Post World Net

Faire Löhne für die Postbranche.

Wir fordern faire Löhne für die Postbranche. Das Lohndumping durch Wettbewerber der Deutschen Post AG muss wirksam verhindert werden. In Europa dürfen sich die nationalen Postmärkte (Stichwort Briefmonopole) nur im gleichen Tempo öffnen.

In Deutschland arbeiten derzeit gut 250.000 Beschäftigte in der Postbranche. Vor allem die Wettbewerber der Deutschen Post AG haben dabei in der Regel nur Jobs geschaffen, von denen niemand leben kann. Immer häufiger muss die Gemeinschaft solche Armutslöhne mit aufstockendem Arbeitslosengeld unterstützen.

Aber auch die Deutsche Post AG selbst hat die Tarifbedingungen unter dem Druck des Wettbewerbs verschlechtert und Leistungen zu Dumpingbedingungen an Drittfirmen vergeben.

Wir wollen

- Einen **gesetzlichen Mindestlohn** in Deutschland für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Hierzu müssen sich CDU/CSU und insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel endlich bewegen. Fast alle anderen westeuropäischen Länder haben Armutslöhne auf diesem Weg erfolgreich bekämpft.
- Die SPD hat die Ausweitung des Entsendegesetzes durchgesetzt. Auch für alle Beschäftigten der Postbranche muss es einen **verbindlichen Tarifvertrag** geben. Schon bis März 2008 könnten so die schlimmsten Auswirkungen bekämpft werden.
- Die Anwendung der „**Sozialklausel**“ des Postgesetzes. Lizenzen dürften dann nur bei Einhaltung der üblichen Arbeits- und Tarifbedingungen erteilt werden. Diese kann schon heute durch die Bundesnetzagentur angewandt werden. Präsident Matthias Kurth muss seinen Widerstand gegen die Anwendung geltenden Rechts endlich aufgeben.

Europäischer Gleichschritt.



ver.di Betriebsgruppe
Deutsche Post World Net

Nachdem eine Mehrheit der europäischen Wirtschaftsminister sich gegen eine rasche Abschaffung des nationalen Postmonopols für Normalbriefe bis 50 Gramm ausgesprochen hat, muss auch die Deutsche Post AG vor ausländischer Billigkonkurrenz geschützt werden.

Bislang ist geplant, dass das deutsche Briefmonopol zum 1. Januar 2008 fallen soll. Eine einseitige Öffnung des deutschen Postmarktes darf es aber nicht geben. Bei einem einseitigen Wegfall des deutschen Postmonopols wäre die Deutsche Post AG der ausländischen Konkurrenz ausgesetzt, ohne selbst in deren Ländern investieren zu können. Das würde zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen führen und kann den Verlust von über 30.000 Arbeitsplätzen bei der Deutschen Post AG bedeuten.

Auch die nordrhein-westfälische Landesregierung muss sich endlich für die Deutsche Post AG als größtem Arbeitgeber in NRW (rund 70.000 Jobs) einsetzen. Bisher verweigert die CDU/FDP-Koalition in NRW sogar die Unterstützung der gesetzlich bereits verankerten „Sozialklausel“ des Postgesetzes. Der Grund für dieses skandalöse Verhalten von CDU und FDP liegt auf der Hand: Hinter den Postwettbewerbern, die Armutslöhne zahlen, stecken die großen Medienkonzerne wie z.B. Springer (BILD). Und mit deren Renditeaussichten wollen es sich CDU/FDP nicht verscherzen, um gute Berichterstattungen über ihre Politik zu sichern. Da opfern Rüttgers & Co. lieber die Zukunft von 250.000 Beschäftigten.

Ulrich Kelber, MdB
Bonns Bundestagsabgeordneter
Stellv. Vorsitzender der SPD-
Bundestagsfraktion
Clemens-August-Str. 64
53115 Bonn
Tel. (0228) 280 31 35
Fax (0228) 280 31 36
ulrich.kelber@wk.bundestag.de
www.kelber.de

Sascha Jowat
Betriebsratsvorsitzender
Zentrale Deutsche Post AG

Dirk Marx
Konzern-Betriebsratsvorsitzender
Deutsche Post World Net

Renate Hendricks, MdL
Bonns Landtagsabgeordnete

Oskar-Walzel-Str. 9
53113 Bonn
Tel. (0228) 422 84 86
Fax (0228) 422 86 93
renate-hendricks.wk-bonn@landtag.nrw.de
www.renate-hendricks.de